

MOHI Tirol: Kritik an Sozialpolitik zum 25. Geburtstag

Gleichbehandlung der Sozialvereine und Qualitätsoffensive gefordert

„Wir fordern vom Land Tirol eine Qualitätsoffensive und nicht nur eine Diskussion über Kosten“, betont der Geschäftsführer des MOHI Tirol Mag. Ludwig PLANGGER bei der heutigen Pressekonferenz anlässlich des 25. Geburtstags des Vereins. Seit Jahren gebe es mit SozialpolitikerInnen und den BeamtInnen des Sozialressorts einen intensiven Gesprächskontakt, erklärt Plangger, bei entscheidenden Fragen gibt es aber kaum Fortschritte.

Das betrifft u.a. die Forderung nach einem objektiven Instrument zur Erhebung des individuellen Unterstützungsbedarfs. Denn die diesbezüglichen Richtlinien des Landes sind nicht transparent und ihre Anwendung wird oft willkürlich wahrgenommen.

Offen ist auch die Forderung nach kostendeckenden und vergleichbaren Tarifen für die Angebote der verschiedenen Anbieter im REHA-Bereich. „Dabei hat der Landesrechnungshof bereits 2005 dramatische Unterschiede bei den vom Land bezahlten Stundensätzen festgestellt“, kritisiert Plangger.

Eine positive Bilanz über die Arbeit von 25 Jahren zog MOHI Tirol-Obfrau Mag.^a Lydia NASCHBERGER-SCHOBBER. Derzeit nehmen ca. 190 KlientInnen im Großraum Innsbruck das MOHI-Angebot wahr. Dieses richtet sich an Menschen mit körperlicher, geistiger, psychischer und/oder sozialer Beeinträchtigung, die selbständig in einer Wohnung leben. „2009 hat das MOHI über 70.000 Leistungsstunden erbracht“, erklärt Naschberger-Schober und verweist auf die mit der Eröffnung einer Regionalstelle in Telfs eingeleitete regionale Ausweitung.

An die Anfänge im Jahr 1985 erinnerte Univ. Prof. Dr. VOLKER SCHÖNWIESE, 1985 der Gründungsobmann des „Mobilen Hilfsdienst Innsbruck“. Der Verein ist aus einer Selbsthilfegruppe hervorgegangen, nachdem Stadt Innsbruck und Land Tirol die Forderung nach Einrichtung ambulanter Dienste für Menschen mit Beeinträchtigungen nicht nachgekommen sind. Die Losung von damals „Wir wollen nicht ins Heim“, sei unverändert gültig. Mutige Schritte zur Verlagerung des Angebots weg von Großeinrichtungen zu gemeindeintegrierten Diensten würden bis heute fehlen. „Dabei geht es nicht um mehr Geld sondern um eine Umverteilung“, betont Schönwiese mit Verweis auf eine internationale Studie im Auftrag der Europäischen Kommission. Demnach bewirken ambulante Versorgungsstrukturen für die Betroffenen eine höhere Lebensqualität, als es Heime bieten können und kosten auch nicht mehr als diese. Schönwiese verweist in diesem Zusammenhang auf die 2008 von Österreich ratifizierte „UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung“. Demnach haben Menschen mit Behinderung ein Recht auf Wahlfreiheit über ihre Wohn- und Lebensform sowie einen Anspruch auf die dazu erforderliche persönliche Assistenz.